

Kiel, 28.06.2006

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 22 - Angebot für Schulabgänger/innen (Drucksachen 16/851 und 16/889)**

**Anette Langner:**

## **Früher anfangen, neue Instrumente nutzen, individuell fördern**

Bei steigenden Schulabgängerzahlen ist es nach wie vor eine Herausforderung, allen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen Angebote für Ausbildung und Qualifizierung zu machen. Auch wenn **das Bündnis für Ausbildung ohne Frage ein Erfolgsmodell ist**, sich seit vielen Jahren bewährt hat und Schleswig-Holstein in Deutschland bei der Vermittlung in Ausbildungsplätze einen Spitzenplatz einnimmt, bleibt die Sorge um einen Ausbildungsplatz und die damit verbundene berufliche Zukunft das zentrale Anliegen junger Menschen.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch allen Akteuren im Bündnis für Ausbildung danken! Sie haben erreicht, dass die **Zahl der Ausbildungsstellen**, auch zuletzt noch durch die Aktivitäten am Tag der Ausbildung, deutlich gestiegen ist. Aber bei allen Erfolgen, es bleibt viel zu tun. Denn: Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt bleibt weiter angespannt.

Die Lücke zwischen unbesetzten Ausbildungsstellen und noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern ist zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres groß. Für zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber **stehen noch nicht in ausreichendem Maße Angebote bereit** - eine Situation, die sich in den nächsten Monaten noch ändern muss und auch ändern kann!

7.900 Jugendliche, die noch eine Lehrstelle suchen, waren im Mai bei den Agenturen für Arbeit in Schleswig-Holstein gemeldet. Das sind 23 Prozent mehr als im Mai des letzten Jahres. Aber auch die Anzahl der noch offenen Ausbildungsstellen wuchs im Vergleich zum Mai des Vorjahres um 13,8 Prozent. Und da nicht alle Betriebe, die ausbilden, ihre verfügbaren Stellen den Agenturen für Arbeit melden, ist **noch mit einem versteckten Potenzial zu rechnen**.

Aber vor allem Jugendliche mit Hauptschulabschluss und schlechten schulischen Leistungen haben deutlich geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Dazu kommen Jugendliche und junge Erwachsene im Arbeitslosengeld-II-Bezug, die teilweise lange Maßnahmekarrieren hinter sich haben, ohne dass sie eine erfolgreiche Ausbildung abschließen konnten. Die **Arbeitslosenquote bei jungen Menschen unter 25 Jahren** ist dadurch in Schleswig-Holstein nach wie vor mit 14,5% überdurchschnittlich hoch.

Für die weitere Schwerpunktsetzung im Bündnis für Ausbildung will ich folgende Handlungsfelder hervorheben:

1. Früher anfangen und neue Instrumente nutzen und
2. Individuell abgestimmte Förderung und Unterstützung sowohl für Betriebe, die ausbilden oder ausbilden wollen, als auch für die Auszubildenden selbst.

Der von der Wirtschaft oft bemängelten Ausbildungsreife der Jugendlichen, die sich sowohl in fehlenden theoretischen Grundlagen wie auch in fehlenden sozialen Kompetenzen ausdrückt, muss **in enger Kooperation von Schule und Wirtschaft** entgegengewirkt werden. Die Angebote der offenen Ganztagschulen bieten hier neue Chancen. Dabei muss es gelingen, dass Jugendliche und Betriebe mit realistischen Erwartungen aufeinander zugehen.

Ich begrüße es sehr, dass der Arbeitsminister bei der Ausgestaltung des „Zukunftsprogramm Arbeit“ plant, zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel für die Förderung von Jugendlichen beim Übergang zwischen Schule und Beruf auszugeben, denn: Es besteht Konsens bei allen Akteuren, **dass viele Probleme bei der Vermittlung in Ausbildung ihre Wurzeln in der Schule haben.**

Bei der Förderung, Unterstützung und Beratung von auszubildenden Betrieben **spielen die Ausbildungsplatzakquisiteure eine wichtige Rolle.** Viele Betriebe melden ihre freien Ausbildungsplätze auch nicht den Agenturen für Arbeit. Das Aufgabenspektrum der Akquisiteure umfasst neben der Einwerbung von Ausbildungsplätzen auch die konkrete Vermittlung geeigneter Jugendlicher sowie die Akquirierung von Plätzen für Einstiegsqualifizierungen. Dieses Instrument hat sich im letzten Ausbildungsjahr bewährt und wurde in vielen Fällen ein Einstieg in Ausbildung. Wichtig ist aber, dass **Einstiegsqualifizierungen nachrangig zu Ausbildungsplätzen bleiben** und diese nicht ersetzen.

Das Engagement der türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das Arbeitsleben muss weiterhin unterstützt werden. Die **Kooperation zwischen der IHK zu Kiel und der türkischen Gemeinde** mit einer Ausbildungsakquisiteurin, die gezielt Betriebe von Migranten aufsucht und berät, ist in diesem Jahr erfolgreich angelaufen und sollte ein Schwerpunkt weiterer Förderung sein.

Um die Bereitschaft von Unternehmen, Jugendliche mit Hauptschulabschluss vor allem **in strukturschwachen Regionen auszubilden**, muss weiter nachdrücklich geworben werden.

Die bisherigen guten Erfahrungen, die mit den zweijährigen Werkerbildungen gemacht wurden, sollten auf weitere Berufsfelder ausgeweitet werden.

Eine besonders enge Kooperation der Akteure ist auch in Zukunftsfeldern, in denen wirtschaftliches Wachstum und damit Ausbildungskapazitäten zu erwarten sind, gefordert. Besondere Fördernotwendigkeiten für Auszubildende ergeben sich für jugendliche Mütter und Väter durch ein **größeres Angebot an Teilzeitausbildungen**. Interessierte Betriebe sind dabei gezielt zu beraten.

Um einen Abbruch der Ausbildung zu vermeiden, müssen bei Schwierigkeiten in der Ausbildung Jugendliche und Betriebe mit geeigneten Maßnahmen unterstützt werden, die fachliche, sozial bedingte oder aufgrund falscher Erwartungen entstandene Probleme auffangen.

Es ist heute ein guter Zeitpunkt, um noch mal mit Nachdruck an die Akteure im Bündnis für Ausbildung zu appellieren, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen, zu akquirieren oder mit Fördermaßnahmen zu unterstützen, damit wir unser gemeinsames Ziel erreichen, jeder Schulabgängerin und jedem Schulabgänger ein Angebot machen zu können. Ich bitte Sie deshalb, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, der inhaltlich konkreteren Handlungsbedarf und Maßnahmen benennt als der Ursprungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN